

Landesarbeitsgemeinschaft **Erinnerungsarbeit** im Saarland

Newsletter 2022-1

Liebe Mitglieder in der LAG Erinnerungsarbeit

heute erhalten Sie den ersten Newsletter für das Jahr 2022. In der Zwischenzeit haben sich leider bei sogenannten Spaziergängern die Vereinnahmung des Davidsterns und sogar des Liedes „Von guten Mächten“ von Dietrich Bonhoeffer weiterhin verfestigt. Nachfahren von Dietrich Bonhoeffer haben den Missbrauch stark kritisiert, zumal sich bei den Demonstrationen auch immer mehr zeige, dass manche den Rechtsstaat nicht mehr anerkennen wollen. Nach wie vor gibt es auch Vergleiche der geplanten Impfpflicht mit dem Holocaust. Fotomontagen vom Tor zum KZ Auschwitz mit der Aufschrift „Impfen macht frei“ werden verbreitet, als seien die Maßnahmen gegen die Pandemie mit einem Völkermord gleichzusetzen. Auch gelbe Davidsterne mit dem Aufdruck „ungeimpft“ werden getragen. Es ist gut, dass der Rechtsstaat hier nach und nach auf eine schärfere Rechtsprechung umschwenkt, denn das Verharmlosen von Verbrechen des Nationalsozialismus ist nach § 130 des Strafgesetzbuches verboten. Das Tragen der o.g. Symbole kann diesen Straftatbestand den Angaben des niedersächsischen Innenministeriums zufolge erfüllen. Auch ist erfreulich, dass das Urteil des OLG Saarbrücken (Az: Ss 72/2020), das die Verwendung des Davidsterns unter Ersetzung des Wortes „Jude“ durch „nicht geimpft“ oder „islamophob“ und anderes für strafflos erklärte, weil dies in Deutschland nicht so viel Aufregung auslöse, dass der „öffentliche Friede“ in Gefahr sei, mittlerweile infrage gestellt ist: Bayerische Gerichte haben in einem Verfahren erstmals festgehalten, dass „ein Judenstern sinnbildlich für den gesamten Holocaust stehe“ (Az: 205 StRR 240/20). Dies ist ein wichtiger juristischer Schritt, denn er bedeutet, dass der Missbrauch des Davidsterns künftig als Verharmlosung im Sinne von § 130 Abs. 3 StGB verfolgt werden kann. Auch mit der erwähnten Entscheidung des OLG Saarbrücken hat sich das Bayerische Oberste Landgericht auseinandergesetzt: Wenn eine solche Verharmlosung des Holocaust „auf Breitenwirkung angelegt sei“, also im Netz, auf Demonstrationen oder auf einem AfD-Parteitag präsentiert werde, dann genüge dies bereits, um das politische Klima zu vergiften. Da das Wort „Judenstern“ aus dem Wörterbuch des Unmenschen stammt und antisemitische Konnotation innehat, sollte es nicht mehr verwendet werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bemühungen des saarländischen Antisemitismusbeauftragten, Herrn Prof. Dr. Roland Rixecker, bereits in der Ausbildung der Juristen die Abgründe juristischer Entscheidungen in der NS-Zeit kritisch zu beleuchten.

Ebenfalls eine Neuerung auf Bundesebene sind in den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages der „Ampel“ zu vermerken, wonach die Opfer der „Euthanasie-Morde“ offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt werden sollen. Dies hat bereits zuvor der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland gefordert. Denn nach wie vor werden die vielen Menschen mit Behinderungen, die von den Nazis auf grausame Weise umgebracht wurden, als „Euthanasie-Opfer“ bezeichnet. Dies ist eine Beschönigung und Verharmlosung der tatsächlichen Vorgänge. Hinweisen sei auch auf die neue Internetseite „Geschichte inklusiv“, die erstmals Informationen über die nationalsozialistischen Euthanasie-Verbrechen in einfacher Sprache und mit leichter Navigation bietet. Die barrierefreie Webseite wurde am 10.2.2022 freigeschaltet, wie die Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde in Brandenburg an der Havel mitteilte. Ausgehend von Brandenburg wird die Geschichte einer Tötungsanstalt beispielhaft erzählt. Bei der Aktion T4 wurden zwischen Februar und Oktober 1940 dort über 9.000 Anstaltspatienten mit Giftgas ermordet. Seit 2012 gibt es dort eine Gedenkstätte. Im Saarland stellt seit einiger Zeit im Auftrag der Staatskanzlei Herr Günther Kiefer vom Referat WT/4 die Daten zusammen. Wiederholt Anregungen dazu gab Herr Günter Schott aus Wadgassen.

Auch im Saarland gibt es viel Bewegung in der Erinnerungsarbeit: Für den Landesverband der Sinti und Roma mit seiner engagierten Vorsitzenden Frau Diana Bastian wird es eine neue Geschäftsstelle in St. Ingbert geben und auch eine finanzielle Bezuschussung durch das Land für die Arbeit insgesamt. Auch soll es endlich ein Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma im Saarbrücker Echelmeyer Park nahe der katholischen St. Michael Kirche an der Schumannstrasse geben. Der Saarbrücker Oberbürgermeister Uwe Conradt sagte dazu, dass die Stadt einen Ort wolle, „um sich das Unfassbare bewusst zu machen. Gleichzeitig soll das Denkmal ein weiteres erkennbares Zeichen in unserem Stadtbild sein für die drastischen Folgen, die aus Hass resultieren können.“ Frau Bastian lobt auch das Wirken des als „Zigeunerseelsorger“ bekannt gewordenen katholischen Pfarrers Arnold Fortuin, der als Kaplan an diesem Ort tätig war. Wir werden dieses Thema bei unserer Exkursion im April zum Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg vertiefen und auch ein Gespräch mit Herrn Romani Rose haben. Die Fahrt ist bereits ausgebucht. Verdienstvoll ist auch die Arbeit der sogen. Straßenkommission in Saarbrücken unter Stadtarchivleiter Dr. Hans-Christian Herrmann, die sich problematischer Straßennamen angenommen haben. Die Dr. Vogeler-Str. wurde in „Am Hauptfriedhof“ umbenannt. Der Name ist untragbar geworden aufgrund der Tätigkeit von Dr. Friedrich Vogeler (1883-1945) als Reichsstadthalter in den Sudetendeutschen Gebieten bis zu seinem Tod 1945 in Prag. Er war auch SA-Brigadeführer. Auch der Name des ehemaligen Oberbürgermeisters Hans Neikes (1881-1954) verschwindet endgültig aus dem Stadtbild. Hans Neikes hat sich in den Dienst der NS-Diktatur gestellt. Er war in Planungen eingebunden, Juden zwangsweise aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Auch hat er sich in voraus eilendem Gehorsam den NS-Machhabern angebedert. Die Neikesstraße heißt jetzt „Kleine Rosenstraße“. Weitere Aktivitäten unserer Mitglieder entnehmen Sie bitte dem Newsletter. Allen Autorinnen und Autoren sei herzlich gedankt.

Ich grüße Sie alle im Namen des Sprecher_innenrates sehr herzlich, bleiben Sie gesund.

Frank-Matthias Hofmann, Sprecher der LAG Erinnerungsarbeit im Saarland
Geschäftsstelle: Evangelisches Büro Saarland, Am Ludwigsplatz 11, 66117 Saarbrücken
Tel. 0681/51326, Fax: 0681/51334, mail: beauftr.saarland@ekir.de

[zur Internetseite "Geschichte inklusiv"](#)



Wahlprüfsteine zur Gedenkarbeit zur Landtagswahl 2022

Am 1. Dezember 2021 hat die LAG Erinnerungsarbeit Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 27.3.2022 zum Themenfeld Erinnerungsarbeit an die saarländischen Parteien versandt. Mit dieser Wahl werden politisch die Weichen gestellt, wie die Erinnerungsarbeit im Saarland künftig gesehen und unterstützt werden kann. In unserer Mitgliederversammlung am 12.10.21 wurde einstimmig beschlossen, die demokratischen Parteien im Vorfeld der Wahl zu ihren Positionen zu befragen. Die vier Fragen waren:

1. Welchen Stellenwert räumt Ihre Partei der Erinnerungsarbeit ein und wie werden sie diese Arbeit zukünftig konkret unterstützen?
2. Wo sehen Sie Handlungsbedarf bzw. wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage der Erinnerungsarbeit im Saarland ein?
3. Wie stehen Sie zu der Idee, die Gedenkstätte Neue Bremm als einen zentralen Erinnerungsort im Saarland auszubauen? Diese Frage bezieht sich insbesondere auf bauliche Gegebenheiten, da es vor Ort z.B. an einer witterungsunabhängigen Räumlichkeit fehlt, um mit Schulklassen und Besuchergruppen arbeiten zu können.
4. Erinnerungsarbeit ist Demokratiebildung. Es gilt, sie in ihrer Vielfalt und ihrem landesweiten Engagement zu unterstützen. Wie möchte Ihre Partei das tun?

Geantwortet haben die Parteien SPD, CDU, die LINKE, FDP, die Grünen, AfD und bunt.saar.

- [Eine erste Zusammenfassung und Bewertung der Antworten der Parteien von Sprecherratsmitglied Dr. Frank Hirsch finden Sie hier.](#)
- [Die Original-Antworten der Parteien zu unseren vier Fragen zur Gedenk-und Erinnerungsarbeit finden Sie hier.](#)

SR und SZ haben über unsere Wahlprüfsteine berichtet und sich dabei vor allem auf den dritten Punkt bezogen, nämlich ob die Parteien sich vorstellen können, die Gedenkstätte Neue Bremm als einen zentralen Erinnerungsort im Saarland auszubauen. Die Initiative Neue Bremm hat bei diesen Überlegungen die Federführung. Uns als LAG Erinnerungsarbeit ist wichtig, dass Land und Stadt frisches Geld in die Hand nehmen und nicht bestehende Zuschüsse an die einzelnen Initiativen in unserem Land gekürzt werden. Auch ist uns wichtig, dass in einer möglicherweise entstehenden zentralen Gedenkstätte auf die vielen einzelnen Initiativen und Erinnerungsorte im gesamten Saarland hingewiesen wird, damit alle etwas davon haben. Komplementär dazu sind die Bemühungen der Initiative Neue Bremm zu sehen, eine wissenschaftlich abgesicherte Häftlingsdatenbank zu erstellen und diese Arbeit auch entsprechend zu personalisieren. Die LAG Erinnerungsarbeit stellt sich hinter diese Bemühungen. In Kürze soll eine Arbeitsgruppe mit einem Architekten einen Vorschlag erarbeiten, wie die geplanten Räumlichkeiten aussehen könnten. Auch die LAG Erinnerungsarbeit ist daran beteiligt. Wir werden aufmerksam beobachten, ob die Parteien nach der Wahl auch das halten, was sie vor der Wahl versprochen haben. Denn sieht man, was andere Bundesländer in ihre Gedenkstätten investieren und sie wertschätzen, hat das Saarland noch erheblichen Nachholbedarf.

[Frank-Matthias Hofmann, Sprecher der LAG Erinnerungsarbeit im Saarland](#)

Kommentar zur aktuellen Lage in Europa

Es ist wieder Krieg in Europa. Der russische Autokrat Wladimir Putin bringt mit seinem brutalen Angriff Tod und Elend über die ukrainische Bevölkerung. Im Nachhinein erweisen sich alle diplomatischen Bemühungen seitens des Westens als vergebliche Mühen: Putin war nie an einer Lösung des Konflikts mit tragfähigen Kompromissen gelegen. Wir verschlossen die Augen in der Hoffnung, den gierigen russischen Bären zu besänftigen. Dabei lagen die Fakten schon seit langen offen vor uns: Die Kriege in Tschetschenien, Syrien und Georgien, die Besetzung der Krim, die politischen Morde an Oppositionellen und Journalisten, Zensur und Verfolgung von abweichenden Meinungen, Destabilisierungsmaßnahmen und Sabotage in den Nachbarstaaten usw. Putin hat eine Diktatur errichtet, in der er von ihm treu ergebenden Oligarchen gestützt wird. Verfassung und Gesetze hat er von innen heraus ausgehöhlt, seine eigene Bevölkerung leidet unter der allgemeinen Kleptokratie und Armut. Erst vor wenigen Wochen wurde am 27. Januar, dem Auschwitz-Gedenktage, der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Das geht immer einher mit den Schlagworten „Nie wieder“ und „Wehret den Anfängen“. Was heißt das jetzt in dieser Situation? Wie müssen wir jetzt agieren, ohne dass diese Grundkonstanten der deutschen Politik, aber auch der deutschen Zivilgesellschaft nicht zur hohlen Phrase werden? Viele Politiker und Kommentatoren sehen in den aktuellen Ereignissen bereits eine Zeitenwende. Die Bundesrepublik verabschiedet sich in rasantem Tempo von alten Grundsätzen: Es werden Waffen in eine Kriegsregion geschickt, die Sanktionen werden in ungekannter Härte zusammen mit der internationalen Gemeinschaft in kürzester Zeit verhängt und der Wehretat wird ohne die vorherigen Debatten und Gegenargumente drastisch erhöht. Gleichzeitig geht eine Welle der Solidarität durch die Gesellschaft, die in Demonstrationen und Hilfsaktionen ihre Unterstützung unter Beweis stellt. Das Foto zeigt einen Wegweiser auf dem Gelände der Gedenkstätte „Gestapo-Lager Neue Bremm“. Die Schilder erinnern an andere Konzentrationslager und die Herkunftsorte der Gefangenen. Darunter befinden sich auch Lemberg (Lwiw) und Kiew. Sie zeigen uns, dass der Schrecken mitten in Europa unter uns ist und die Ukraine nach achtzig Jahren wieder zum Schlachtfeld wird. Bei Kiew befindet sich die Schlucht Babyn Jar, in der 1941 33.000 jüdische Frauen, Männer und Kinder von der Wehrmacht und SS ermordet wurden. Das Massaker gilt als ein weiterer Eskalationsschritt bei der Ermordung der europäischen Juden. Bei dem Beschuss von Kiew wurde die Gedenkstätte von Bomben getroffen. Vor diesem Hintergrund erweist sich Putins Argument, er wolle die Ukraine von einem nationalsozialistischen Regime befreien, als absurd und gelogen. Damit verhöhnt er die Opfer des Holocaust und die Opfer seines Krieges. Unsere Pflicht ist es, das Mögliche zu tun, um der Gewalt Einhalt zu gebieten und den Betroffenen zu helfen – und Putin zu demonstrieren, dass Demokratie nicht schwach ist, sondern dass eine offene Gesellschaft eine große Stärke ist. Als Akteure in der Erinnerungsarbeit wollen wir im Gedenken den Opfern ihre Würde zurückgeben. Unser Engagement weist aber auch in die Zukunft: Bei aller Ohnmacht und Hilflosigkeit muss Frieden das Ziel bleiben.

Dr. Frank Hirsch





Ohne eine unabhängige Ukraine wird es keine Erinnerung an Babyn Jar geben

Die Aufarbeitung des Holocausts ist Teil der ukrainischen Identität geworden. Putin hingegen hat kein Interesse an der Aufarbeitung des Massenmords an den Juden. Am 1. März griffen russische Truppen mit Raketenbeschüssen den Kiewer Fernsehturm – ein reines Zivilobjekt – an. Dabei sind fünf Zivilisten getötet und mindestens fünf weitere verletzt worden. Eine Rakete traf dabei das Gelände der Gedenkstätte des Babyn Yar Holocaust Memorial Center (BYHMC). Überreste des Geschosses sind einige Tage später nur einige Hundert Meter von der im Mai 2021 eingeweihten symbolischen Synagoge gefunden worden. Die Synagoge, die quasi über dem Boden schwebt und sich wie ein Buch öffnet, wurde vom Schweizer Architekten Manuel Herz entworfen. Herz schrieb nach dem russischen Beschuss: „Ich wollte ein Gebäude entwerfen, in dem Juden beten können, das aber auch für Besucher und die Bürger von Kiew offen ist. Es sollte ein Ort sein, an dem sie gemeinsam die Schönheit des Lebens zelebrieren können.“ Ob und wann dies wieder der Fall sein wird, bleibt offen. Die Leitung der Gedenkstätte verurteilte die russische Invasion aufs Schärfste, insbesondere hinsichtlich der Rechtfertigung für den Angriff. Der Israeli Natan Scharanski, Vorstandsvorsitzender des BYHMC, brachte die Kritik auf den Punkt: „Putins Versuch, den Holocaust zu verzerren und zu manipulieren, um eine illegale Invasion in ein souveränes demokratisches Land zu rechtfertigen, ist zutiefst verabscheuungswürdig“. Scharanski kennt als Gründungsmitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe und sowjetischer Dissident den manipulativen Umgang mit Geschichte allzu gut. Der wissenschaftliche Beirat unter Vorsitz des Franzosen Patrick Desbois hat sich in einem offenen Brief an den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, gewandt und Putins Vorwand, die Ukraine würde einen Genozid im Donbass begehen, als Lüge bezeichnet.

Die Mitarbeiter des Gedenkzentrums flohen

Die meisten Mitarbeiter des BYHMC flohen mit ihren Angehörigen nach Lwiw. Einige meldeten sich beim Militär, um die Stadt gegen die russischen Truppen zu verteidigen. Umso zynischer ist es, die Gedenkstätte als ein „russisches Projekt“ zu bezeichnen, wie mitunter zuletzt geschehen. Es ist ein ukrainisches und internationales Projekt, um an einem der größten Tatorte des Holocausts durch Kugeln würdig an das Verbrechen zu erinnern und die weltweite Beachtung zu gewinnen, die dieser Ort verdient. Seit dem Fall der Sowjetunion wurden in Babyn Jar Museen und Gedenkort angeündigt und wieder fallen gelassen. Erst in den letzten Jahren kann durch das BYHMC Bewegung in die Sache, auch weil die Stadtverwaltung und zuletzt auch Selenskyj – als erster Präsident des Landes – die Errichtung einer Gedenkstätte unterstützten. In Russland interessiert man sich für den Holocaust nur marginal und für Babyn Jar schon gar nicht. Ein Museum für den Holocaust der russischen oder sowjetischen Juden gibt es in Russland nicht. Daher war und ist es nicht im Interesse Putins, dass ein solches Museum auf dem Gebiet der Ukraine entstehen könnte. Schon gar nicht ein Museumkomplex des BYHMC, dessen erster Teil sich mit dem Vergessen und Verdrängen der Babyn-Jar-Tragödie und des Holocausts während der Sowjetzeit beschäftigten soll. Statt zum wiederholten Male sich mit dem – spätestens jetzt – ersichtlich künstlichen Problem eines „russischen“ oder „ukrainischen“ Projektes auseinanderzusetzen, sei an dieser Stelle an die bisherigen Fortschritte des BYHMC erinnert. Neben den architektonischen und künstlerischen Projekten hat das BYHMC mehr als 28.000 Namen der jüdischen Opfer, die in Babyn Yar ermordet worden sind, rekonstruieren können. Ein weiteres Projekt befasst sich mit den Identitäten

der deutschen Täter, von denen bereits 160 Namen veröffentlicht worden sind. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Aufarbeitung des Holocausts sehr wohl Teil der ukrainischen Identität geworden ist. Ohne eine unabhängige Ukraine wird es daher keine Erinnerung an Babyn Jar und den Holocaust in der Ukraine geben.

Andrej Umansky, Historiker und Jurist aus Köln, ist stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates des Babyn Jar Holocaust Memorial Center.
Quelle: Berliner Zeitung 17.3.2022



Mahnmal für die Opfer des Faschismus

Am 28. September 2022, jährt sich zum 75. Mal der Jahrestag der Einweihung, des Denkmals für die Opfer des Faschismus. Mitte des Jahres 1947 hatte der Völklinger Stadtrat die Errichtung eines Denkmals diskutiert und am 5. September den Standort in der Klein'schen Anlage beschlossen. Das vom Völklinger Grabsteinfabrikanten Oskar Biegel entworfene und geschaffene Denkmal kostete 15.000 Mark. Zur würdigen Einweihung hatte die Stadt Völklingen an diesem Tag zu einem Wertungssingen der saarländischen Gesangsvereine eingeladen. 22 Gesangsvereine mit 2.000 Sänger*innen hatten sich dazu angesagt. Das Wertungssingen fand in zwei größeren Völklinger Sälen statt. Die meisten Sänger*innen trafen gegen 8:00 Uhr mit einem Sonderzug ein, wo sie von Bürgermeister Dr. Tinnies auf dem Marktplatz begrüßt wurden. Zur Denkmalweihe hatten sich die Sänger*innen und Teilnehmer um 15:30 Uhr auf dem Marktplatz aufgestellt, von wo aus sie sich durch die geschmückten Straßen zum Festgelände bewegten. Um 16:00 Uhr begann Bürgermeister Dr. Tinnies mit der Festrede. Dann sprach der Vorsitzende der Opfer des Faschismus Ratering. Anschließend sprach als Vertreter der französischen Militärregierung Colonel Gogomble. Nach der Niederlegung von Kränzen durch die Stadtverwaltung, die Parteien, die Jugendbewegungen u. a. sang ein 800-stimmiger Chor. Das Denkmal war nicht nur das erste im Saarland, sondern auch westlich des Rheins. Seit den 1980er Jahren findet an diesem einzigen saarländischen Mahnmal für die Opfer des Faschismus alljährlich eine Gedenkveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Antikriegstag statt.

Hubert Kesternich

Erinnerung an ein (vergessenes) Zwangsarbeiterlager in Dillingen

Die Vergangenheit des Nationalsozialismus ist leider noch nicht überall aufgearbeitet, wobei ich denke, dass die Gräueltaten der damaligen Zeit unbedingt als Mahnung wachgehalten werden müssen. Auch in Dillingen, auf Pachtener Bann, ungefähr dort, wo sich die Bahngleise trennen in Richtung Trier und Richtung Niedaltdorf und wo sich heute die Gebäude der Stadtwerke befinden, gab es zur Nazizeit ein Lager für junge Mädchen und Frauen, die in einem Dillinger Eisenwerk Zwangsarbeit verrichten mussten. Irgendwann sind diese Mädchen und Frauen weggebracht worden, und in dieses Lager seien

französische Gefangene gebracht worden. Die Gefangenen hätten ein „Essen“ bekommen, das aus stinkendem Abfall bestanden habe, erzählte mir eine Frau, deren Mutter dort zur Küchenarbeit eingeteilt gewesen sei. Sie habe schon bei den Frauen kochen müssen, das sei alles noch essbar gewesen, aber bei den Kriegsgefangenen sei es schrecklich gewesen. Sie habe sich bei der Lagerleitung beschwert. Auf die Gefahr hin, dass sie selbst eingesperrt werden würde, habe sie gesagt, dass sie sich vor diesem Dreck ekeln würde und sie nur solche Sachen kochen würde, die sie selbst essen könne. Daraufhin sei sie nach Hause geschickt worden und bekam eine andere Arbeit, die nichts mit dem Lager zu tun hatte, zugeteilt. Was aus den armen Kriegsgefangenen geworden ist, konnte mir die Frau auch nicht sagen, weil ihre Mutter ja keinen Zutritt mehr dorthin gehabt hatte. Dieses Lager ist vergessen. Es scheint auch nirgendwo Interesse zu bestehen, wenigstens einen Gedenkstein zu errichten. Vor vielen Jahren habe ich einen (Mundart-) Text für diese Mädchen und Frauen geschrieben, der im Mai 2003 als Text des Monats von der „Bosener Gruppe“ ausgewählt worden ist, auch in Zeitungen veröffentlicht. Interessiert hat das keinen. Den jungen Mädchen und Frauen aus Osteuropa gewidmet, die in dem Lager in Pachten, dort, wo heute das Gebäude der Stadtwerke steht, wohnen mussten.

Vagäss

Die vill wessen missden
wessen gar neichd meh
on die wenija woschen hönn't aach vagäss

wer kännt noch die Nòòmen
Ludmilla Galina
on all die ònnan mem freemen Akzend
zweschen de Bòhnglääsan
do wor et Lara (Lager)
ihr Onnakonft em freemen Lònd
schaffen vill schaffen
hönn se missen
ihr Essen hòtt ma aus Abfall gekochd
wo senn se hinkomm
die Fräuen on Mäddcha
met den Áuen volla Fròò'n
haut fennschd de neichd meh
datt Plätz es vaännad
on met Vagessen zougedäggd

Hildegard Driesch

Vergessen

Diejenigen die viel wissen müssten
wissen gar nichts mehr
und diejenigen die weniger wussten haben es
auch vergessen
wer kennt noch die Namen
Ludmilla Galina
und all die andern mit dem fremden Akzent
zwischen den Bahngleisen
dort war ihr Lager
ihre Unterkunft im fremden Land
arbeiten viel arbeiten
mussten sie
ihr Essen hat man aus Abfall gekocht
wo sind sie hingekommen
die Frauen und Mädchen
mit den Augen voller Fragen
heute findest du nichts mehr
der Platz ist verändert
und mit Vergessen zugedeckt

RIAS Saarland - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

Die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Saarland“ (RIAS Saarland) mit Sitz im Adolf-Bender-Zentrum erfasst seit Januar 2021 antisemitische Vorfälle im Saarland und berät Betroffene von Antisemitismus. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit und im Austausch mit dem saarländischen Beauftragten für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus und in Vernetzung mit der Synagogengemeinde Saar. RIAS Saarland ist parteiisch – den von Antisemitismus Betroffenen gegenüber. RIAS berät unabhängig davon, um welche Form von Antisemitismus es geht und von wem die Anfeindungen kommen. Auf Wunsch kooperiert RIAS mit weiteren Beratungseinrichtungen wie zum Beispiel der Opferberatungsstelle Bounce Back. Auf diese Weise ist auch juristische und psychologische Hilfe möglich. Die Beratung erfolgt kostenlos und vertraulich. Antisemitische Vorfälle können auf der Meldeplattform gemeldet werden.

Jörn Didas, Adolf-Bender-Zentrum



RIAS Saarland
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Saarland

[nähere Informationen](#)[zur Meldeplattform](#)

Kolonialverbrecher weiter auf Völklinger Straßenschildern

Völklingen wird weiter mit dem Makel leben müssen, dass fünf Straßen im Stadtteil Heidstock seit der NS-Zeit nach Personen aus der Deutschlands kolonialer Vergangenheit benannt sind, die zum Teil schwerste Verbrechen begangen haben. Dass eine Umbenennung bei Anwohnerinnen und Anwohner, etwa 350 Betroffenen, wegen der befürchteten Kosten wenig Begeisterung auslöste, war im Vorfeld schon absehbar, als sich bei einer Informationsveranstaltung des Ortsrates am 3. November in der Hermann-Neuberger-Halle niemand für die Ausführungen von Dr. Rainer Möhler (Uni Saarbrücken) zu den „Kolonialhelden“ ernsthaft interessierte. Es zählte allein das Geld, obwohl die Stadtverwaltung kostenlose und organisatorische Unterstützung zugesagt hatte. Die Stimmung bei dieser Veranstaltung war emotional aufgeheizt, wozu auch einige politisch Engagierte aktiv beitrugen, als sie die Kosten für die Stadt auf 500.000 € hochrechneten, nachweislich liegen sie bei rund 5000,- €. Wortbeiträge von Befürwortern aus Vereinen, dem Integrations- und dem Sicherheitsbeirat wurden schlicht ignoriert. Nicht überraschend, dass in der entscheidenden Ortsratsitzung am 10. Dezember die Vertreter/-innen von CDU, AfD, Wir Bürger und Grünen „Volkes Stimme“ folgten, obwohl Oberbürgermeisterin Blatt zuvor darauf hingewiesen hatte, dass nicht nur die Anwohner/-innen betroffen seien, sondern nahezu alle übrigen Völklinger/-innen Straßennamen wünschen, die nicht nach Mördern, Rassisten oder Antisemiten benannt sind. Ein Ortsratsmitglied argumentierte gar, man müsse die Straßennamen erhalten, um auf Dauer an die Schandtaten von Lüderitz, Nachtigal, Peters, Wissmann und Lettow-Vorbeck zu erinnern. Nur die fünf SPD-Vertreter folgten der Empfehlung der Oberbürgermeisterin. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses jubelten die Anwohner/-innen lautstark gemeinsam mit der Koalition der Ablehner. Man hätte sich im Vorfeld der Abstimmung von Seiten der Religionsgemeinschaften und von gesellschaftlich Engagierten mehr öffentliche Unterstützung gewünscht. Die Entscheidung lässt nun über Jahre keine Änderung der Straßennamen zu, womit die Stadt neben ihrem Weltkulturerbe noch ein negatives Alleinstellungsmerkmal behält, für das es in der Bundesrepublik nur noch ganz wenige vergleichbare Kommunen gibt. Schade um die verpasste Chance einer Veränderung zum Positiven.

[Werner](#)

[Michaltzik,](#)

[pensionierter Polizeibeamter, zuletzt Leiter der Polizeiinspektion Völklingen, Vorsitzender des Sicherheitsbeirates Völklingen, hält Vorträge über die deutsche Kolonialgeschichte](#)



Esther-Bejarano-Preis geht in eine neue Runde Charlotte Knobloch bei Auftaktveranstaltung zu Gast

„Ich habe in vielen Gesprächen mit Jugendlichen den starken Eindruck gewonnen, dass sie sich für Erinnerung und Demokratie engagieren wollen – und das auch können!“, sagte Charlotte Knobloch Ende Januar 2022 im Rechtsschutzsaal in Bildstock. Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland betonte, wie wichtig es sei, sie zu unterstützen und ihre Kreativität herauszufordern. Sie sprach als Ehrengast auf der Auftaktveranstaltung der Arbeitskammer zum 2. Esther-Bejarano-Preis, der genau diese Zielrichtung verfolgt: Junge Menschen sollen einen Filmclip drehen und sich darin kritisch mit den Themen Antisemitismus, Rassismus und Demokratie auseinandersetzen. Das kann durch ein Interview mit einem Zeitzeugen, dem Nachspielen eines historischen Ereignisses oder auch einem filmischen Essay zu aktuellen politischen Entwicklungen geschehen. Bis zum 15. August können Schülerinnen und Schüler, Jugendgruppen oder Einzelpersonen bis 26 Jahre ihre Filme einreichen. Eine unabhängige Jury unter dem Vorsitz der Autorin und Regisseurin Mo Asumang vergibt die Preise, die mit insgesamt 3000 Euro dotiert sind. Die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano wurde 1924 in Saarlouis geboren und überlebte das Mädchenorchester von Auschwitz. Sie engagierte sich viele Jahre in der Erinnerungsarbeit. Sie starb am 10. Juli 2021 in Hamburg. „Esther Bejarano fehlt uns als Streiterin für Demokratie und Kämpferin gegen den Rechtsextremismus. Sie fehlt uns aber auch als Mensch, mit ihrer Lebensfreude, ihrem Sinn für Gerechtigkeit und ihrer herzlichen Resoluteit,“ sagte Arbeitskammer-Hauptgeschäftsführer Thomas Otto während der Veranstaltung im Rechtsschutzsaal und fügte hinzu: „Unseren Filmpreis nach ihr benennen zu dürfen, erfüllt uns mit Stolz und ist für uns Verpflichtung.“ Die Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot unterstrich in ihrer Ansprache dabei, dass der Preis den Jugendlichen abverlangt, Stellung zu beziehen, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit bietet, sich Gehör zu verschaffen. Ihre Stimme wird gehört – es kommt nur noch darauf an, kreativ zu werden und mitzumachen!

[Dr. Frank Hirsch, Arbeitskammer des Saarlandes](#)

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters ist die „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ (LAGE), vertreten durch ihren Sprecher. Ausgenommen sind mit Autorennamen oder Autorenkürzeln gekennzeichnete Inhalte.

Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland (LAGE)

Sprecher Frank-Matthias Hofmann

c/o Büro des Beauftragten der Evangelischen Kirchen für das Saarland

Kirchenrat Frank-Matthias Hofmann

Am Ludwigsplatz 11

66117 Saarbrücken

Telefon: 0681 51326
Fax: 0681 51334
Mail: beauftr.saarland@ekir.de